24.11.2015

Antrag

der Fraktion der CDU

Ausbildung von Gebärdensprachdolmetscher(n)/-innen und Gebärdensprachdozent(inn)en in Nordrhein-Westfalen sicherstellen

In Nordrhein-Westfalen leben schätzungsweise 17.000 gehörlose Menschen, die in Gebärdensprache kommunizieren und im direkten Kontakt mit ihrer Umwelt Gebärdensprachdolmetscher bzw. -dolmetscherinnen benötigen. Darüber hinaus sind ca. 51.000 Menschen von einer an Taubheit grenzenden Schwerhörigkeit betroffen. Demgegenüber arbeiten zurzeit etwa 120 Personen als Gebärdensprachdolmetscher. Ihr Einsatz erstreckt sich im Wesentlichen auf die Bereiche Bildung, Arbeit, medizinische Versorgung und Verwaltungsverfahren, da hier ein Anspruch auf Kostenübernahme geregelt ist. Auf den darüber hinausgehenden Bedarf gehörloser Eltern in der Sorge für ihre Kinder hat die CDU-Fraktion schon in einem entsprechenden Antrag im Dezember 2012 hingewiesen. Dementsprechend ist im geplanten Inklusionsstärkungsgesetz eine Ausweitung des Anspruches gehörloser Eltern auf Gebärdensprachdolmetscher vorgesehen. In einer inklusiven Gesellschaft muss auch das Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben, an kulturellen und politischen Veranstaltungen und sowie am bürgerschaftlichen Engagement sichergestellt sein.

All dies lässt die Nachfrage nach Gebärdensprachdolmetschern weiter steigen. Sie ist bereits jetzt so hoch, dass eine Zusage nur bei langfristiger Planung garantiert ist. Ein prominentes Beispiel, was dies in der Praxis bedeuten kann, war die Anhörung zum Inklusionsstärkungsgesetz im Landtag, die mangels Gebärdendolmetscher abgebrochen und dann verschoben werden musste.

Eine anerkannte Berufsausbildung zum Gebärdensprachdolmetscher gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht. Auch die in der Regel gehörlosen Gebärdensprachdozenten, die Gebärdensprachkurse erteilen und für eine Ausbildung notwendig sind, werden bei uns nicht ausgebildet. Da es z.B. bei einem Studiengang bis zu 4 Jahren dauert, bis ein Dolmetscher tatsächlich zur Verfügung steht, besteht hier dringend Handlungsbedarf.

Datum des Originals: 24.11.2015/Ausgegeben: 24.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

I. Der Landtag stellt fest:

- In Nordrhein-Westfalen gibt es zurzeit weder eine Ausbildungsmöglichkeit zum Gebärdensprachdolmetscher noch zum Gebärdensprachdozenten.
- Mit den zurzeit vorhandenen Gebärdensprachdolmetschern ist der steigende Bedarf, besonders im ländlichen Bereich, nicht zu decken.
- Entsprechend der unterschiedlichen Ausbildung sind die fachliche Qualifikation und die Eignung von Dolmetschern für bestimmte Ansprüche uneinheitlich.

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Einrichtung von Ausbildungsgängen für Gebärdensprachdolmetscher und Gebärdensprachdozenten in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.

Dabei sind folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

- Um Zugangsmöglichkeiten für viele Interessierte zu eröffnen und die Kosten für die Teilhabe im Alltag zu begrenzen, werden Ausbildungsgänge auf unterschiedlichem Niveau entwickelt.
- Die Gehörlosen- und Schwerhörigenverbände, der Verband der Gebärdensprachdozenten und die Vertretung der Gebärdensprachdolmetscher sind in die Entwicklung des Konzeptes einzubeziehen.
- Das Konzept enthält auch Aussagen zur Anerkennung und Einstufung der Gebärdensprachdolmetscher, die bereits als Übersetzer arbeiten.
- Eine Kostenabschätzung für die Einrichtung und Durchführung der verschiedenen Ausbildungsgänge ist vorzulegen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Peter Preuß

und Fraktion